

Kali: Prior und Bruer wehren sich

„Gibt keine Frist für
Stellungnahme“

Giesen/Kreis Hildesheim. Die Große Koalition im Kreistag hat den Vorwurf des Wirtschaftsministeriums zurückgewiesen, der Landkreis habe die Frist für die wasserrechtliche Genehmigung zum Kaliabbau bei Giesen um anderthalb Jahre überschritten.

„Diese Genehmigung ist keine Stellungnahme, die man unter Fristsetzung abgeben muss“, widerspricht CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior in Absprache mit seinem SPD-Pendant Klaus Bruer der Darstellung des Ministeriums in einem internen Sachstandsbericht zum Kali-Projekt (HAZ vom Donnerstag). Das Ministerium sieht das anders, hält die Vorgaben des „Verwaltungsverfahrensgesetzes“ für Stellungnahmen für maßgeblich.

Hintergrund: Für die Einleitung von Salzabwasser in die Innerste zwischen Giesen und Ahrbergen ist eine zwischen dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sowie dem Landkreis als Wasserbehörde einvernehmliche Genehmigung nötig. „Die Entscheidung darüber, ob und gegebenenfalls mit welchen Auflagen das Einvernehmen erteilt werden kann, muss nach pflichtgemäßem Ermessen der Wasserbehörde erfolgen, aber nicht nach dem des Bergamtes“, erklären Prior und Bruer. Dafür müsse der Landkreis – in diesem Fall der Kreistag, der nach einem längeren Streit mit dem früheren Landrat Reiner Wegner die Entscheidung an sich gezogen hat, intensiv alle Faktoren abwägen, um zu einer rechtssicheren Entscheidung zu kommen. Das brauche eben Zeit, da dürfe das LBEG gar keine Fristen setzen.

Unterdessen haben die Grünen ihre Forderung nach einem Verzicht auf einen zweiten Kali-berg sowie auf die Einleitung von Salzabwasser in die Innerste gefordert. *abu*